

Antrag zum 59. Bundeskongress

Antrag 501

59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg

Antragsteller: BAK Europa und Internationales

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 59. Bundeskongress möge beschließen:

1 Reformen für ein demokratischeres Europa

Die Entscheidung des Europäischen Rates, keinen der Spitzenkandidaten zur Europawahl 2019 als Kommissionspräsidenten zu nominieren, hat nachhaltig Vertrauen bei den Wählern zerstört. Viele Unionsbürger, die sich vorab über die Kandidaten der europäischen Parteienfamilien informiert und davon auch ihre Wahl abhängig gemacht hatten, fühlten sich um ihr demokratisches Mitspracherecht über den wichtigsten Posten der EU beraubt. Gleichzeitig hat der diesjährige Nominierungsprozess auch gezeigt, dass das bisherige Spitzenkandidaten-System instabil und unausgereift war.

Wir Jungen Liberalen treten deshalb dafür ein, diesen Prozess grundlegend zu reformieren und weiter zu demokratisieren. Wir wollen dazu das Europäische Parlament nachhaltig stärken und endlich das Versprechen echter demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten aller Unionsbürger an der Politik und dem Führungspersonal der Europäischen Union erfüllen.

Wir fordern:

•

Alternative 1: Der Kommissionspräsident soll künftig, wie in jeder parlamentarischen Demokratie, allein vom Parlament gewählt werden. Jener Kandidat, der nach entsprechenden Koalitionsverhandlungen eine Mehrheit auf sich vereinigen kann, ist gewählt.

•

Alternative 2: Der Kommissionspräsident soll künftig direkt vom Volk gewählt werden. So schaffen wir direkte Verantwortlichkeit sowie Aufmerksamkeit und umgehen einen Institutionenstreit zwischen Europäischem Rat und Parlament.

•

Alternative 3: Wir wollen das Wahlverfahren des Kommissionspräsidenten umkehren: Nicht der Europäische Rat, sondern das Parlament soll künftig, nach entsprechenden Koalitionsverhandlungen, einen Kandidaten nominieren. Daraufhin soll der Rat die Möglichkeit haben, innerhalb einer bestimmten Frist einen konstruktiven Gegenvorschlag zu machen. Andernfalls gilt der Vorschlag als angenommen.

•

Die restlichen Kommissare sollen künftig nicht mehr von den 27 Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden, sondern auf maximal 18 Mitglieder begrenzt und allein vom gewählten Kommissionspräsidenten nominiert sowie einzeln vom Parlament bestätigt werden.

34

○

35

Optional: Der Rat soll die Möglichkeit haben, einzelne Kandidaten mit doppelter Mehrheit abzulehnen, andernfalls gilt der Vorschlag als angenommen.

36

37

•

38

Alternative 1: Das Parlament soll einzelne Kommissare künftig durch ein konstruktives Misstrauensvotum absetzen können (und nicht wie bisher nur destruktiv die gesamte Kommission mit Zweidrittelmehrheit).

39

40

41

•

42

Alternative 2: Das Parlament soll den Kommissionspräsidenten künftig durch ein konstruktives Misstrauensvotum absetzen können (und nicht wie bisher nur die gesamte Kommission mit Zweidrittelmehrheit).

43

44

45

•

46

Mittelfristig soll die Hälfte der Abgeordneten des Parlaments über transnationale Listen der Europaparteien gewählt werden. Diese Listen sollen durch Spitzenkandidaten angeführt werden, welche für die Kommissionspräsidentschaft kandidieren. Die restlichen Abgeordneten werden wie bisher über nationale Delegationen der Mitgliedstaaten gewählt, sodass jeder Unionsbürger bei der Wahl zwei Kreuze machen kann. Wir wollen das Wahlrecht hierzu europaweit angleichen sowie die Größe der Delegationen von einer mathematisch nachvollziehbaren Formel abhängig machen, die allein auf der Bevölkerungsgröße basiert. Gleichzeitig dienen die transnationalen Listen dazu, die Erfolgswertgleichheit der Stimmen zu verbessern, indem durch die degressive Proportionalität entstehende Abweichungen vom Wahlergebnis der Europaparteien ausgeglichen werden.

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

•

58

Jede Fraktion sowie eine gewisse Anzahl von Abgeordneten im Parlament und jeder Mitgliedstaat im Rat sollen jeweils ein vollwertiges Initiativrecht erhalten.

59

60

•

61

Der Europäische Rat soll als eigene Institution abgeschafft werden. Die Mitgliedstaaten sollen stattdessen nur noch im Rat der Europäischen Union repräsentiert werden, welche zu einer gleichberechtigten zweiten Kammer ausgebaut wird. Dies beseitigt unnötige Doppelstrukturen und macht das politische System der EU unkomplizierter sowie einfacher verständlich.

62

63

64

65

66

•

67

Der Rat muss transparenter werden: Alle Dokumente und Sitzungen, inklusive die der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, sollen, analog zu denen des Parlaments, unverzüglich und vollständig öffentlich einsehbar sein.

68

69

70

•

71

Wir wollen in Deutschland darauf hinwirken, dass – wie etwa in Dänemark bereits üblich – die Bundesregierung vor jeder wichtigen Abstimmung im Rat erst durch den Bundestag mandatiert werden muss. Eine Entscheidung gilt als wichtig, wenn ein Viertel der Mitglieder des Bundestages oder des Bundesrates, diese für wichtig erachten. So stärken wir unsere nationale Legislative, schaffen Raum für öffentliche Debatten über EU-Politik und verhindern intransparente Alleingänge der Bundesregierung (wie z.B. bei den Uploadfiltern).

72

73

74

75

76

77

- 78 •
- 79 Noch immer scheitern viele Lösungen für gemeinsame Probleme am Veto einzelner
80 Mitgliedstaaten im Rat. Das Europäische Parlament soll daher in Zukunft das Recht
81 erhalten, ähnlich des Bundestages eine Ablehnung des Rates mit Zweidrittelmehrheit zu
82 überstimmen und dadurch solche Blockaden aufzulösen.
- 83 •
- 84 Derzeit erfordern selbst einfache EU-Richtlinien, wie zur Regelung der Farbe von
85 Blinkern, Mehrheiten im Rat, die in staatlichen Parlamenten nur bei
86 Verfassungsänderungen nötig sind. Dies verhindert die effektive und schnelle Lösung von
87 Problemen. Wir wollen daher, dass die doppelte Mehrheit im Rat künftig nur noch die
88 einfache Mehrheit der Staaten (statt 55%), die die Mehrheit der Unionsbürger
89 repräsentieren (statt 65%) umfasst. Die Sperrminorität wollen wir abschaffen. Ebenso soll
90 die Änderung eines Gesetzesvorschlags gegen die Kommission keine Einstimmigkeit
91 mehr erfordern.
- 92 •
- 93 Die EU Grundrechtecharta soll künftig als unmittelbar geltendes Recht alle staatliche
94 Gewalt in Europa binden – unabhängig vom Europarechtsbezug.
- 95 •
- 96 Damit die Europawahl wirklich zu einer europäischen Wahl wird, wollen wir, dass die FDP
97 zur Europawahl 2024 auf ein eigenes Wahlprogramm verzichtet und stattdessen das
98 gemeinsame Wahlprogramm der ALDE verwendet. Deshalb werden wir darauf drängen,
99 dass die ALDE zur kommenden Europawahl ein ausführliches Programm aufstellt, mit
100 konkreten Forderungen, die von einem liberalen und pro-europäischen Geist getragen
101 sind. Davon unberührt bleiben ergänzende Beschlüsse, die sich spezifisch auf
102 Deutschland beziehen.
- 103 •
- 104 Die EU soll künftig nach außen mit nur einer Stimme sprechen. Dafür müssen in einem
105 ersten Schritt das Amt des Hohen Repräsentanten gestärkt und in "EU-Außenminister"
106 umbenannt werden. Außerdem sollen Entscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und
107 Sicherheitspolitik (GASP) mit doppelter Mehrheit (und nicht mehr einstimmig) getroffen
108 werden, um Vetos einzelner Länder zu verhindern. Das außenpolitische Agieren im
109 Rahmen der GASP sollte zum Regelfall und nationalstaatliche Alleingänge zur absoluten
110 Ausnahme werden. Wir wollen am Vorbild des Commonwealth die Botschafter innerhalb
111 der EU in "Hochkommissare" umbenennen.
- 112 •
- 113 Auch in der Außenpolitik sollten integrationswillige Mitgliedstaaten schneller
114 voranschreiten. Daher fordern wir, bis zur Realisierung des Ziels einer einzigen
115 europäischen Außenpolitik, insbesondere die deutsch-französische Integration zu
116 verstärken, indem beide Länder ihre Außenpolitik nicht nur noch enger abstimmen,
117 sondern mittelfristig vollständig zusammenlegen. Dementsprechend soll es nur künftig
118 noch einen einzigen deutsch-französischen Außenminister geben, der von
119 Bundeskanzler und Staatspräsidenten gemeinsam ernannt wird. Die Arbeit der
120 auswärtigen Ausschüsse der Parlamente soll von der deutsch-französischen
121 parlamentarischen Versammlung übernommen werden. Die nationale Verteidigungs- und
122 Rüstungspolitik etwa könnten davon auch zunächst unberührt bleiben, um
123 verfassungsrechtliche Fragen auszuklammern.
- 124 •

125 Um den Aufbau einer europäischen Identität zu ermöglichen, braucht es eine
126 europäische Öffentlichkeit. Doch kann diese niemals entstehen, wenn die bestehenden
127 innereuropäischen Markteintrittsbarrieren auf dem Medienmarkt erhalten bleiben. Wir
128 wollen den Binnenmarkt deshalb auch auf die Medienlandschaft ausweiten. Auch die
129 innereuropäischen Markteintrittshürden auf dem Medienmarkt müssen abgebaut werden.
130 Außerdem fordern wir die Veranstaltung einer "Euroolympiade" am Vorbild der
131 Commonwealth Games. Der 9. Mai soll europaweit zum Feiertag erklärt werden.

132 •

133 Für uns Junge Liberale ist das Vereinigte Königreich fester Bestandteil eines vereinten
134 Europas. Wir fordern deshalb, dass die Tür für eine Rückkehr in die EU, ob im
135 geordneten Beitrittsverfahren nach einem Austritt oder durch einen Widerruf der
136 Austrittserklärung durch das britische Parlament ggf. nach einem zweiten Referendum,
137 stets offen bleibt.

138 •

139 Das bedauernswerte Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU begreifen wir
140 als Weckruf, die EU endlich wieder entscheidungs- und handlungsfähig zu machen, um
141 die großen Herausforderung unseres Jahrhunderts gemeinsam lösen zu können, statt
142 weiter im Stillstand zu versacken. Wir wollen den Brexit daher zum Anlass nehmen, den
143 nächsten europäischen Integrationsschritt zu gehen und einen europaweiten Konvent
144 einzuberufen, der auch die oben formulierten institutionellen Reformen implementiert.

145 •

146 Unser Ziel bleibt ein föderalistischer, dezentraler, demokratisch verfasster europäischer
147 Bundesstaat bzw. die "Vereinigten Staaten von Europa", niedergelegt in einer
148 gemeinsamen, europäischen Verfassung, die vom Unionsvolk in einem Referendum
149 bestätigt werden muss. Wir Freie Demokraten sind optimistisch und mutig. Die
150 europäische Geschichte hat schon bewiesen, dass einst viel undenkbarere liberale
151 Utopien Realität werden konnten. Deshalb sind wir fest davon überzeugt, dass auch ein
152 wahrhaft in Vielfalt geeintes, bundesstaatliches Europa in nicht allzu ferner Zukunft
153 realisiert werden kann. Wir müssen es nur gemeinsam mit voller Überzeugung anpacken.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg.